

Zeitschrift: Schweizer Soldat : die führende Militärzeitschrift der Schweiz
Herausgeber: Verlagsgenossenschaft Schweizer Soldat
Band: 72 (1997)
Heft: 1

Buchbesprechung: Literatur

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

- Spaniens Parlament hat mit grosser Mehrheit eine Resolution verabschiedet, welche die Regierung ermächtigt, mit der Nato über einen Beitritt zur integrierten Militärstruktur zu verhandeln. Über das Ergebnis soll zuletzt nochmals die Abgeordnetenkammer befinden (14.11.).
- Die Mitgliedstaaten der Verteidigungsgemeinschaft der Westeuropäischen Union (WEU) haben bei ihrem Treffen in Ostende die Gründung einer eigenen **europäischen Rüstungsorganisation (WEAO)** beschlossen (19. 10.).

Analyse: Die rüstungspolitischen Entscheidungen der europäischen Nato-Partner in der vergangenen Woche könnten weitreichende Konsequenzen haben. So wird etwa Athen zeigen müssen, wie sich das umfangreiche Rüstungsprogramm mit den Sparanstrengungen im Hinblick auf das Erreichen der Konvergenzkriterien für eine Beteiligung an der Europäischen Währungsunion in Übereinstimmung bringen lässt. So hatte erst kürzlich die Europäische Kommission von Griechenland den Abbau seines Haushaltdefizites gefordert, ansonsten sich Brüssel gezwungen sah, die Zahlungen aus der EU-Kohäsionsfonds an Athen einzustellen (NZZ 11.11.96). Ministerpräsident Simitis machte kein Hehl daraus, dass die Modernisierung der Streitkräfte auch mit dem Bedrohungspotential im türkischen Parlament, wo das Verteidigungsbudget um 20% oder um etwa 10 Milliarden Franken aufgestockt werden soll. Während mit der Entscheidung Athens die europäischen Integrationsbemühungen belastet werden, treffen die Koordinationsanstrengungen im Rahmen der WEU einen Nerv der transatlantischen Beziehungen. Anfang November wurde bekannt, dass mit der Beteiligung Grossbritanniens und Italiens an der deutsch-französischen Rüstungsagentur die Kernzelle für eine gesamteuropäische Rüstungsbeschaffung gelegt wurde. Die Agentur mit Sitz in Bonn soll gemeinsame Rüstungsprojekte überwachen und koordinieren. Damit möchten die Europäer langfristig den Vorsprung der USA auf dem Gebiet der Verteidigungstechnologie wettmachen. Zu den gemeinsamen Projekten gehören u.a. der NH-90 Kampfhubschrauber und ein mehrfach einsetzbares Panzerfahrzeug (Defense News 11.-17.11.96).

In der spanischen Parlamentsresolution werden die Nato-Verbindungen an verschiedene Vorbedingungen geknüpft, wie die Vereinfachung der Kommandostrukturen, die gebührende Berücksichtigung der europäischen Verteidigungsidentität, den Spanien angemessenen Führungsanteil und schliesslich die Berücksichtigung der legitimen Sicherheitsinteressen der neuen Beitrittskandidaten aus dem mittel- und osteuropäischen Raum. Im Gegensatz zu Frankreich stellt Madrid keinen ausdrücklichen Anspruch an ein eigenes regionales Kommando. Unterdessen ist die Frage der Kommandostrukturreform zu einem offenen Politikum geworden, das die transatlantischen Beziehungen – nebst anderen Fragen wie die Kuba-Politik oder die Nachfolge des UN-Generalsekretärs – belastet.

OST- UND SÜDOSTEUROPA

Unterschiedliche Demokratisierungsprozesse

In den vergangenen zwei Wochen fanden in Rumänien, Bulgarien, Slowenien und Litauen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. In allen Fällen zeigte sich, dass die Stimmbürger gewillt sind, sich auch künftig auf das Spiel wechselnder Mehrheiten und der Neuverteilung von Macht einzulassen.

Bezüglich der **Bundesrepublik Jugoslawien** stellt sich nach dem durchschlagenden Wahlerfolg der bisherigen Machthaber (3.11.) die Frage, wie schnell es dem Land gelingen wird, wieder den Anschluss an die internationalen Institutionen zu finden. Beobachter sorgen sich besonders auch über den Verfassungskonflikt in **Weissrussland**, den der Präsident am 24. November mit einem Referendum für sich entscheiden möchte.

Kroatien ist am 6. November feierlich als 40. Mitglied in den Europarat aufgenommen worden. Zuvor unterzeichnete der italienische Aussenminister Dini u.a. einen Vertrag über die Minderheitenrechte der 20–25 000 auf Istrien lebenden Italiener.

PEACE-KEEPING

Grundsatzentscheide für Bosnien- und Ost-Zaire-Mission

- Nach der Absichtserklärung des erneut bestätigten US-Präsidenten für ein weiteres Bosnien-Engagement nach dem Auslaufen des Ifor-Mandates Ende Dezember (17.11.) sprachen sich die 16 Mitglieder des Nato-Rates für eine neue internationale Friedenstruppe aus. Der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, Shalikashvili, gab in Washington bekannt, dass die neue «**Stabilizing Force (SFOR)**» etwa 13 500 Soldaten in Bosnien (davon 8500 Amerikaner) und rund 9000 in den Nachbarländern (davon 5000 Amerikaner) umfassen werden.
- Auf das dringende Ersuchen Kanadas hat der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen einem humanitären Einsatz **multinationaler Truppen in Ost-Zaire** zugestimmt (17.11.). Nach der Rückkehr von Hunderttausenden von Flüchtlingen ist jedoch die Entsendung von Kampftruppen durch die USA in Frage gestellt worden. Über Einzelheiten der internationalen Hilfe und Auftrag der Truppe wollen die Militärvertreter am 21.11. in Stuttgart verhandeln.

Kommentar: Der UN-Autorisierung der Afrika-Mission ging eine behutsame Abgrenzung und Entflechtung französisch-amerikanischer Afrika-Strategien voraus. Mit der Zustimmung Clintons zu zwei Missionen sprechen Analysen schon von einer Abkehr der Powell-Doktrin der massiven Überlegenheit zu einer diffuseren «Clinton-Doktrin».

US-STREITKRÄFTE IN EUROPA

Umsetzung der strategischen Neuorientierung

Seit dem Fall der Berliner Mauer im Jahre 1989 wurden die in Europa stationierten amerikanischen Streitkräfte (USAREUR) von 213 000 auf 65 000 Soldaten verringert. Insgesamt wurden 50 000 Fahrzeuge und 500 000 Tonnen Munition in die Vereinigten Staaten zurückgebracht. Dabei sind auch sämtliche taktischen Nuklearwaffen und alle chemischen Waffen abgezogen worden.

Der Leiter der Planungsabteilung in der Stabsabteilung Operative Führung der USAREUR, Oberst Goff, stellte in einem Pressegespräch den Umfang der neuen Aufgaben der in Europa verbliebenen Streitkräfte dar (F.A.Z. 18.11.96). Nach dem Wegfall der sowjetischen Bedrohung stehe nun die Umsetzung der «Nationalen Sicherheitsstrategie des Engagements und der Erweiterung» im Vordergrund. Ziel ist die Stabilisierung der Sicherheitslage in Europa. Insgesamt arbeiten die USAREUR mit Streitkräften aus 83 Ländern zusammen; dazu gehören nicht nur die Armeen Osteuropas, sondern auch die meisten Staaten Afrikas und des Nahen Ostens. Im Rahmen des Stabilisierungsprogramms der amerikanischen Streitkräfte wurden in diesem Jahr 48 Übungen mit Nato-Partnern, PfP-Ländern und afrikanischen Staaten abgehalten. Etwa 700 «Joint Contact Teams» mit zwei bis drei Soldaten arbeiten dabei auf den Gebieten der medizinischen Schulung und der Aufklärung über Militärrecht. Insbesondere in Ost-europa und in afrikanischen Staaten leiste man politische Aufklärung, indem man den dortigen Militärs zeige, wie eine Armee in demokratischen Gesellschaften aufgebaut sei und funktioniere. Mit dieser «militärisch-diplomatischen» Anstrengung könnte man diese Länder auch enger an sich binden.

Zentralstelle für Gesamtverteidigung

WESTEUROPA

Ressourcenknappheit und Verteidigungsplanung

Die innenpolitischen Auseinandersetzungen in Italien und Deutschland um die Steuerpolitik in den vergangenen Tagen haben gezeigt, dass mit dem währungspolitischen Integrationsfahrran die Regierungen bezüglich ihrer Entscheide für die Neuverteilung der Ressourcen unter Druck geraten sind. Neben der Sozialpolitik rückt auch die **Verteidigungsplanung** direkt ins **Visier innenpolitischer**

Auseinandersetzungen. So wurde der deutschen Bundesregierung von der Opposition vorgeworfen, dass die Streitkräfte zum «Steinbruch der verfehlten Finanzpolitik» geworden seien und deshalb im nächsten Jahr keine militärischen Beschaffungen eingeleitet werden könnten (F.A.Z. 12.11.96). Hinzu kommt, dass Operationen wie in Kambodscha, Somalia oder Bosnien aus dem normalen Verteidigungshaushalt bezahlt werden mussten.

Die Kürzungen der europäischen Militärhaushalte verhindern auch hinsichtlich einer **europäischen Verteidigungsidentität** resp. -kapazität gerade jene grösseren Investitionen in den Bereichen der strategischen Aufklärung, Kommunikation und Transporte, die nötig wären, um mit den Amerikanern auf gleichem Niveau zusammenzuarbeiten.

Die Verteidigungsminister Frankreichs, Spaniens, Portugals und Italiens haben am 10. November in Florenz die jüngste Kooperationsinitiative ergriffen. Mit einer gemeinsamen **schnellen Eingreiftruppe (Efufor)** wollen die vier Länder in Zusammenarbeit mit der Uno und Nato sich im Mittelmeerraum für humanitäre Einsätze und Missionen zur Friedenssicherung und Krisenbewältigung bereithalten. Der Verband soll von 1997 an einsatzfähig sein und etwa 15 000 Mann umfassen.

LITERATUR

Volker Hentschel

Ludwig Erhard – Ein Politikerleben

1996, Landsberg Deutschland, Olzog Verlag, ISBN 3-7892-9337-7, 712 Seiten

Ludwig Erhard gilt für die Kenner der Nachkriegszeit als der «Vater des deutschen Wirtschaftswunders» der fünfziger Jahre. Sein Name ist unauflöslich mit dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg verbunden. Bevor er 1949 erster Wirtschaftsminister der Bundesrepublik Deutschland wurde, leitete er als Direktor der Zweizonenverwaltung die mit der Währungsreform verbundene Marktwirtschaftsreform. Vor seiner Berufung nach Bonn war er bayrischer Wirtschaftsminister. Er galt in den fünfziger Jahren als Garant für den erreichten Wohlstand und die soziale Sicherheit in Deutschland. Auf dem Zenith seines Erfolges wird er zum Wählermagnet seiner Partei. Seine Jahre als Kanzler von 1963 bis 1966 waren eher glücklos.

Mit der vorliegenden Biographie legt der Mainzer Historiker Volker Hentschel erstmals eine umfassende Wesensdarstellung des Menschen und Politikers Ludwig Erhard auf einer breiten Quellenbasis und mit wissenschaftlichem Anspruch vor. Er geht unter anderem der Frage nach, ob Erhard den Ruf als «Vater des Wirtschaftswunders» zu Recht genießt und ob der wirtschaftliche Erfolg der Bundesrepublik Deutschland tatsächlich in den Fähigkeiten und Entscheidungen ihres Wirtschaftsministers begründet lag. Nahezu lückenlos wird die Karriere des populären Wirtschaftsministers und späteren Kanzlers nachgezeichnet. Dabei stellt das Buch Erhard als Handelnden und Betroffenen in den weiteren Zusammenhängen des Zeitgeschehens dar. Hentschel gerät auf diese Weise über das Biographische hinaus zu einem geschichtlich grösseren Rahmen einer deutschen Wirtschaftspolitik in der Adenauer-Zeit und zu einer Geschichte deutscher Außenpolitik in den Jahren 1963 bis 1966. Dabei will Hentschel auch den Menschen sichtbar machen und damit Abschied nehmen vom «Mythos Erhard».

Das 712seitige Buch ist reich illustriert und mit einem umfassenden Quellennachweis und Register versehen.

Volker Hentschel ist Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte im Fachbereich Recht und Wirtschaft an der Universität Mainz und seit 1989 mehrfach Prof. Associte an der Sorbonne in Paris.

E. Hofstetter